

Erklärung an Kreistage, Landesregierung und Bundesregierung

Als Zusammenschluss von mehr als 30 Bürgerinitiativen in Niedersachsen vertreten wir mehrere tausend wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger in unseren Regionen. Wir wenden uns in großer Sorge um unser Land, unser kulturelles Erbe, unsere natürlichen Lebensgrundlagen sowie das Wohlergehen der hier lebenden Menschen an die Öffentlichkeit und an die politisch Verantwortlichen.

Niedersachsen droht durch den exzessiven Ausbau von Windenergieanlagen an Land mit Höhen von bis zu 300 Metern sein Gesicht als vielfältiges Flächenland, als gewachsene Kulturlandschaft und als attraktive Urlaubsregion mit weitgehend intakter Natur zu verlieren. Zahlreiche Regionen erleben bereits heute tiefgreifende Veränderungen ihres Landschaftsbildes, ihrer Erholungsräume und ihrer Lebensqualität.

Dabei darf der eigentliche Zweck von Windenergieanlagen nicht aus dem Blick geraten: die Erzeugung von Strom. Der fortgesetzte Zubau von Anlagen ist kein Selbstzweck. Entscheidend ist, welchen tatsächlichen Beitrag er zur sicheren und verlässlichen Stromversorgung leistet. Wenn trotz jahrelangen Ausbaus keine entsprechende Steigerung der realen Stromerzeugung erreicht wird, muss die bisherige Strategie kritisch überprüft werden.

Nach der derzeitigen Gesetzeslage sollen bis zum Jahr 2032 2,2 Prozent der Landesfläche Niedersachsens als Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen werden. Diese pauschale Flächenvorgabe wird der Komplexität einer sicheren, wirtschaftlich tragfähigen und naturverträglichen Energieversorgung nicht gerecht. Es fehlt ein technologieoffenes Gesamtkonzept, das neben Windenergie auch Solarenergie, Bioenergie, Geothermie, Speichertechnologien, Netzausbau, steuerbare Kraftwerkskapazitäten und die Sicherstellung der Netzstabilität angemessen berücksichtigt.

Der Ausbau wetterabhängiger Stromerzeugung wird vorangetrieben, ohne dass Netze, Speicher und Reservekapazitäten im erforderlichen Umfang vorhanden sind. Schon heute führen Netzengpässe, Abregelungen und Systemeingriffe zu erheblichen Zusatzkosten. Die entscheidende Frage lautet nicht allein, wie Strom erzeugt wird, sondern wie er jederzeit verlässlich, bezahlbar und in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden kann. Ein Industrieland wie Deutschland braucht eine sichere und planbare Energieversorgung – auch in Zeiten von Dunkelflauten und Spitzenlasten.

Zugleich werden die Belastungen für die betroffenen Regionen zunehmend unterschätzt. Belange des Natur-, Arten-, Boden-, Wald- und Landschaftsschutzes geraten ins Hintertreffen. Wälder werden durch Zuwegungen, Rodungen und technische Infrastruktur beeinträchtigt, Lebensräume zerschnitten und gewachsene Kulturlandschaften dauerhaft verändert. Auch die Folgen für Wasserhaushalt, Mikroklima, Tourismus, Naherholung und regionale Identität werden nicht ausreichend berücksichtigt.

Ebenso wenig dürfen die Auswirkungen auf die Menschen vor Ort bagatellisiert werden. Fragen des Gesundheitsschutzes, der Wohn- und Lebensqualität sowie möglicher Belastungen durch Schall,

Schattenwurf, Lichtsignale und andere Immissionen verdienen eine unabhängige und ergebnisoffene Prüfung. In vielen Regionen Niedersachsens ist die Belastbarkeit für Mensch und Natur bereits überschritten.

Besonders besorgniserregend ist, dass Kommunen und Bürger bei den Planungen immer weniger echte Mitsprache erfahren. Viele Menschen gewinnen den Eindruck, dass Entscheidungen über ihre Heimat faktisch vorgegeben sind und lokale Einwände nur noch formalen Charakter haben. Das schwächt das Vertrauen in demokratische Verfahren.

Aus unzähligen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern wissen wir zudem, dass die öffentliche Debatte vielerorts nicht mehr offen geführt wird. Viele Menschen äußern ihre Bedenken nur noch im privaten Raum, weil sie befürchten, bei Einwänden gegen konkrete Planungen vorschnell moralisch diskreditiert oder pauschal als Gegner des Klimaschutzes abgestempelt zu werden. Eine Politik, die berechtigte Sorgen übergeht, gefährdet die gesellschaftliche Akzeptanz und verstärkt politische Entfremdung.

Wir wenden uns nicht gegen eine verantwortungsvolle Energiepolitik. Im Gegenteil: Gerade weil wir eine nachhaltige, sichere und generationengerechte Energieversorgung für notwendig halten, fordern wir eine grundlegende Neuordnung der derzeitigen Ausbaupolitik.

Wir fordern die Bundesregierung auf, das Wind-an-Land-Gesetz unverzüglich zu überarbeiten. Der weitere Ausbau von Windenergieanlagen an Land in der derzeitigen Form muss gestoppt werden, bis eine sachgerechte, ausgewogene und belastbare Gesamtplanung vorliegt. Die einseitige Privilegierung und Subventionierung des Windkraftausbaus gehört auf den Prüfstand.

Von der Landesregierung Niedersachsen fordern wir bis zu einer Überarbeitung des Bundesrechts ein sofortiges Moratorium für die gegenwärtig laufenden regionalen Planungen zur Windenergie sowie eine entsprechende Anpassung des Landesplanungsgesetzes.

Darüber hinaus fordern wir umfassende Untersuchungen durch unabhängige Gutachter zur tatsächlichen Gesamtbilanz vorhandener und geplanter Windenergieanlagen. Dabei müssen insbesondere die reale Stromerzeugung, die verwendeten Materialien, deren Rohstoffgewinnung und Beschaffung, der Flächenverbrauch, Eingriffe in Natur und Landschaft, Emissionen und Immissionen, die Kosten für Netzausbau und Systemstabilisierung sowie die umweltverträgliche Entsorgung und der vollständige Rückbau der Anlagen einschließlich ihrer Fundamente berücksichtigt werden.

Niedersachsen braucht keine weitere Politik des überhasteten Flächendrucks, sondern Augenmaß, Ehrlichkeit und eine Energiepolitik mit Verantwortung für Mensch, Natur, Wirtschaft und kommende Generationen.

Schlussresolution

Angesichts der zunehmenden Überlastung von Mensch, Natur und Landschaft in Niedersachsen fordern wir die politisch Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene zum sofortigen Handeln auf. Der weitere Ausbau der Windenergie an Land in seiner derzeitigen Form darf nicht länger gegen die berechtigten Interessen der betroffenen Bevölkerung, gegen den Schutz unserer Kulturlandschaften und ohne belastbares energiepolitisches Gesamtkonzept vorangetrieben werden.

Wir fordern:

1. Sofortiger Stopp des weiteren Ausbaus von Windenergieanlagen an Land

Bis zu einer grundlegenden Neubewertung der derzeitigen Ausbaupolitik dürfen keine weiteren unumkehrbaren Tatsachen geschaffen werden.

2. Unverzügliche Überarbeitung des Wind-an-Land-Gesetzes

Die pauschalen Flächenvorgaben und die einseitige Bevorzugung des Windkraftausbaus müssen beendet und durch eine sachgerechte, technologieoffene und ausgewogene Energiepolitik ersetzt werden.

3. Sofortiges Moratorium für laufende Planungen in Niedersachsen

Die Landesregierung muss die gegenwärtigen regionalen Planungen zur Windenergie aussetzen und das Landesplanungsrecht so anpassen, dass kommunale Mitwirkung, regionale Besonderheiten und der Schutz von Mensch und Natur wieder angemessen berücksichtigt werden.

4. Unabhängige Prüfung der tatsächlichen Gesamtbilanz von Windenergieanlagen

Erforderlich sind umfassende Gutachten zur realen Stromerzeugung, zu Netzausbau- und Systemkosten, zu Auswirkungen auf Gesundheit, Natur und Landschaft, zu Rohstoffverbrauch, Entsorgung und vollständigem Rückbau der Anlagen einschließlich der Fundamente.

5. Energiepolitik mit Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und demokratischer Legitimation

Deutschland braucht keine Politik des überhasteten Flächendrucks, sondern ein belastbares Gesamtkonzept, das Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit und echte Bürgerbeteiligung gleichermaßen gewährleistet.

Wir erwarten von Bundesregierung und Landesregierung, dass sie ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen, den Kommunen und den natürlichen Lebensgrundlagen unseres Landes endlich gerecht werden.

Für einen gesunden, lebenswerten und attraktiven Lebensraum Niedersachsen.
